

Kritik an Vorstoß zu Waffenverbot

FDP: Reine Symbolpolitik

VON RALF MICHEL

Bremen. Auf Kritik ist die Bundesratsinitiative von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) gestoßen, der, wie berichtet, kriegsähnliche halb automatische Langwaffen verbieten lassen will. Peter Zenner, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, nennt die geforderte Verschärfung des Waffenrechts einen „Schuss in den Ofen“ und „reine Symbolpolitik“. Bereits heute unterlägen halb automatische Gewehre mit mehr als drei Schuss dem Kriegswaffenkontrollgesetz und seien nicht frei zu erwerben. Schon die Wortwahl „kriegswaffenähnlich“ zeige die „Absurdität“ der Initiative, so Zenner. „Eine Waffe allein aufgrund ihres Aussehens zu verbieten, ist ein sehr schwaches Argument.“ Die FDP spreche sich gegen die Verschärfung aus, „da sie nur die zahlreichen verantwortungsvollen Jäger und Sportschützen trifft“.

„Das ist reiner Populismus“, sagt auch Horst Wesemann, ein Strafverteidiger, der für die Fraktion Die Linke in der Innendeputation sitzt. Schon heute sei diese Art von Waffen nur von ausgesuchten Kreisen zu erlangen – Jäger und Sportschützen mit Großem Waffenschein. „Für alle anderen Menschen ist der Erwerb strafbar.“ Wesemann regt in diesem Zusammenhang an, Jäger und Sportschützen zu verpflichten, mitzuteilen, zu welchem Zweck sie eine derartige Waffe besitzen wollen. „Da bliebe dann ein Beurteilungsspielraum für das Stadttamt.“ Nur so gebe es eine halbwegs wirksame Kontrolle. „Ein Verbot macht die Kontrolle nur schwerer.“

Auf illegalen Markt verwiesen

Wesemann bezweifelt auch den von Mäurer angeführten Zusammenhang zu möglichen Amokläufern. Dies sei eine weitere Behauptung, ohne auch nur einen einzigen Fall in Deutschland benennen zu können, bei dem eine solche Waffe zum Einsatz gekommen ist. „Und wer Amok laufen will, wird sich auf dem illegalen Markt eine solche Waffe beschaffen können. Daran ändert auch ein Verbot nichts.“

Zustimmung für Mäurers Initiative kommt aus den eigenen Reihen: Björn Tschöpe, Chef der SPD-Bürgerschaftsfraktion, begrüßt den Vorstoß ausdrücklich. Ein Verbot dieser Waffen sei längst überfällig. „Weder Sportschützen noch Jäger brauchen solche Waffen. In den falschen Händen können sie aber großen Schaden anrichten. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen und diese Art Waffen verbieten.“

STADTUMSCHAU

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz kommt am Donnerstag, 12. Januar, um 15 Uhr zur Sitzung zusammen. Sie findet im Klinikum Bremen-Mitte statt: Konferenzraum der Inneren Medizin, Raum 4.034, Haus 2, vierte Ebene; Sankt-Jürgen-Straße 1. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Entwurf einer Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an schulärztlichen Untersuchungen.

Die deutsche Gebärdensprache können Interessierte bei einem Schnupperkurs der Gebärdensprachschule Bremen am Donnerstag, 12. Januar, kennenlernen. Er findet von 19 bis 20 Uhr im Gehörlosenzentrum Bremen, Schwachhauser Heerstraße 266, statt und kostet 5 Euro. Ein Anfängerkursus über zehn Abende beginnt am 16. Januar. Um Anmeldung per Mail an info@gebaerdensprachschule-bremen.de wird gebeten.

Das Kundencenter der Bremer Straßenbahn AG an der Domsheide öffnet seit Jahresbeginn wochentags eine Stunde früher. Informationen, Tickets sowie eine Beratung rund um das Angebot von BSAG und VBN erhalten Kundinnen und Kunden an der Balgebrückstraße 11 jetzt montags bis freitags zwischen 7 und 19 Uhr. Am Sonnabend ist das Kundencenter von 10 bis 18 Uhr geöffnet, sonn- und feiertags geschlossen.

Ein Infofrühstück zum Thema Berufseinstieg nach familienbedingter Unterbrechung organisiert die Perspektive Wiedereinstieg am Freitag, 13. Januar. Das Frühstück findet von 10 bis 12 Uhr bei Frauen in Arbeit und Wirtschaft, Knochenhauer Straße 20-25, statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung unter Telefon 169 37 22 oder per E-Mail unter christiane.goertz@pwe-bremen.de ist erforderlich.

Einen Tag der offenen Tür veranstaltet die Kindertageseinrichtung „Martha Goldberg“ der Jüdischen Gemeinde Bremen, Schwachhauser Heerstraße 117, am Sonntag, 15. Januar. In der Zeit von 11 bis 14 Uhr werden den Besuchern dort Informations- und Gesprächsmöglichkeiten sowie Kaffee und Kuchen geboten.

Das Seniorenbüro Bremen bietet mehrere Kultur- und Kurreisen an. So gibt es zum Beispiel einen Aufenthalt vom 13. bis 20. April im niedersächsischen Staatsbad Bad Pyrmont oder im Kur- und Erholungsort Bad Zwesten im Bezirk Kassel mit Spaziergängen, im Reich der Gebrüder Grimm“. Vom 11. bis 14. Mai wird mit den Seniorenbüro eine Kulturreise nach Lübeck angeboten. Anmeldungen im Seniorenbüro Bremen unter Telefon 32 05 49.

„Ein Bruch der Zivilklausel“

Michael Schulze von Glaßer kritisiert Bundeswehr-Kooperation der Hochschule



Heißer Tanz: Die Kooperation zwischen der Hochschule Bremen und der Bundeswehr zieht weiterhin Kritik auf sich.

FOTO: CORA SUNDMACHER



Michael Schulze von Glaßer

ist stellvertretender politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft und Beiratsmitglied der Informationsstelle Militarisierung. Der 30-jährige Politologe publiziert insbesondere zur Nachwuchswerbung der Bundeswehr.

Herr Schulze von Glaßer, Sie sprechen heute auf Einladung Bremer Friedensgruppen in der Hochschule Bremen über den „Werbefeldzug“ der Bundeswehr. Der Vortragort ist nicht zufällig gewählt, die Veranstalter wollen damit gegen die Kooperation von Hochschule, Rüstungsfirmen und der Bundeswehr protestieren.

Michael Schulze von Glaßer: Zu recht, die Kooperation ist ein Bruch der Zivilklausel. Hochschulen dürfen sich nicht zu Erfüllungshelfern militärischer Ausbildung machen, mit der Kooperation wird die Zivilklausel klar unterlaufen.

In Ihrem Vortrag befassen Sie sich mit den neuen Wegen der Bundeswehr bei der Rekrutierung von Nachwuchs. Die You-Tube-Serie „Die Rekruten“ sehen Sie kritisch, warum im Einzelnen?

Weil etwa bei der You-Tube-Kampagne der Dienst an der Waffe nicht dargestellt wird, wie er wirklich ist. Dadurch wird ein einseitiges, unrealistisches Bild der Bundeswehr vermittelt. Immerhin ist die Bundeswehr heute auch in Auslandseinsätzen aktiv. Unter diesen Umständen die Rekruten-Ausbildung als harmloses Abenteuer darzustellen, ist eine ziemlich skrupellose Form der Werbung.

Sie meinen aber nicht nur die You-Tube-Kampagne, wenn Sie vom „Werbefeldzug“ der Bundeswehr sprechen?

Der „Werbefeldzug“ hat die ganze Bevöl-

kerung im Blick. Es geht nicht mehr allein um die Nachwuchsförderung, sondern generell um die zunehmende Einflussnahme des Militärs. Allein das Social-Media-Team der Bundeswehr ist massiv angewachsen auf jetzt 15 Mitarbeiter. ...

... bundesweit? Klingt eigentlich noch überschaubar.

Das muss man im gesamten Kontext sehen. Für die You-Tube-Werbung wurde eine Agentur beauftragt, die Bundeswehr pumpet gewaltige Mittel in die Öffentlichkeitsarbeit. Das ist auch daran abzulesen, dass die Bundeswehr 2014 eine neue Zentralredaktion in Berlin bezogen hat, in unseren Augen eine bedenkliche Entwicklung.

Soll heißen, Sie befürchten eine Manipulation der öffentlichen Meinung?

Zumindest kann man sagen, die öffentliche Meinungsbildung soll stark beeinflusst werden. Die Bundesverteidigungsministerin ist

sehr darauf erpicht, auf die Bevölkerung einzuwirken, Überzeugungsarbeit in Sachen Auslandseinsätze zu leisten. Es geht darum, die Bevölkerung auf den Kurs der Regierung zu bringen. Die kritische Haltung der Bevölkerung zu Auslandseinsätzen wird nicht akzeptiert. Stattdessen versuchen die Regierung und die Bundeswehr, diese Haltung zu ändern.

Auch die Informationsstelle Militarisierung versucht mit zugegebenermaßen bescheidenen Mitteln, auf die öffentliche Meinung einzuwirken. So durch Beteiligung am Protest gegen den US-Truppentransport über Bremerhaven nach Osteuropa. Auf Ihrer Homepage ist von „Kriegsvorbereitung“ die Rede – ist das nicht etwas zu hoch gegriffen? Die Truppenverlegung ist schon ein sehr konkretes Säbelrasseln...

... aber doch nicht ohne Grund. Immerhin geht es darum, den Nato-Verbündeten gegen

mögliche russische Expansionsbestrebungen beizustehen.

Russland muss genauso aufhören, auf die militärische Karte zu setzen. Im konkreten Fall müssen sowohl die Nato als auch Russland ihre Truppenaufmärsche und Militärmanöver dringend einstellen. Grundsätzlich sind wir immer auf der Seite der gewaltfreien Zivilbevölkerung und erteilen allen militärisch engagierten Akteuren eine klare Absage.

Würden Sie das auch mit Blick auf den syrischen Bürgerkrieg sagen?

Die Kurden sind uns natürlich lieber als die Islamisten. Trotzdem: Die Waffen, die wir heute an die Kurden liefern, werden auch nach einem militärischen Sieg weiter in Umlauf sein. Man kann auch zivile Hilfsmaßnahmen vorantreiben.

Ist das nicht ein wenig blauäugig?

Nein, man muss langfristig denken. Militärisches Eingreifen treibt die Eskalation nur immer weiter voran. Diese Strategie bringt allenfalls kurzfristige Erfolge, ist aber ganz sicher nicht nachhaltig. Was hat uns der Einsatz in Afghanistan gebracht? Ist dadurch die Terrorgefahr in Deutschland verringert worden? Ist durch den Einsatz die Lage der Afghanen besser geworden?

Sehen Sie Alternativen?

Grundsätzlich sind wir für eine Welt ohne Militär. Das ist eine Utopie, dessen sind wir uns bewusst. Aber dieses Ziel darf man nicht aus den Augen verlieren. Wir brauchen eine zivile Krisenprävention, um aus der Spirale der Militäreinsätze herauszukommen.

Das Gespräch führte Frank Hethey.

Unter dem Titel „Der Werbefeldzug der Bundeswehr“ spricht Michael Schulze von Glaßer diesen Donnerstag, 19 Uhr, in der Hochschule Bremen, Raum SI 364, Neustadtswall 30, über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr.

Nein zu Militär-Projekten

Bremen. Für kontroverse Debatten sorgt der Umgang der Hochschule Bremen mit ihrer Zivilklausel. Mit dieser Klausel hat sich die Hochschule 2012 verpflichtet, Studium, Lehre und Forschung ausschließlich in den Dienst friedlicher Zwecke zu stellen. Demnach lehnt der Akademische Senat die Beteiligung an Projekten mit militärischer Nutzung oder Zielsetzung ab.

Kritiker werfen der Hochschule vor, der im Mai 2016 abgeschlossene Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr für den Frauenstudiengang Informatik konterkarierte die Zivilklausel. Die Hochschule verweist darauf, dass sich der Lehrinhalt durch die Kooperation nicht geändert habe. Der Vertrag erlaubt bis zu zehn Beamtinnen an der Bundeswehrverwaltung, ab dem laufenden Wintersemester den dualen Frauenstudiengang Informatik an der Hochschule zu

besuchen. Laut Pressestelle der Hochschule Bremen wird das Angebot aktuell von sechs Studentinnen genutzt.

Bei dualen Studiengängen gibt es in der Ausbildung auch Praxisanteile, am Ende steht ein Hochschul- und Berufsabschluss. Die Hochschule bietet mehrere duale Studiengänge an, im neuerdings dualen Frauenstudiengang Informatik ist die Bundeswehr der erste Kooperationspartner, die Hochschule rechnet aber mit der Beteiligung weiterer Unternehmen.

Die bundesweit erste Zivilklausel führte 1986 die Uni Bremen ein, ihrem Beispiel sind inzwischen zahlreiche Universitäten und Hochschulen gefolgt, darunter die Uni Oldenburg (2007) und die Hochschule Bremerhaven (2012). Seit März 2015 ist die Zivilklausel Bestandteil des Bremischen Hochschulgesetzes. JH

Zuckerwerk hat die Hälfte des Geldes zusammen

Verein will Bunker in der Überseestadt kaufen und in einen Klub verwandeln – doch es gibt einen weiteren Interessenten

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Der Verein Zuckerwerk hat die Hälfte der fehlenden Mittel für den geplanten Kauf und Umbau eines Hochbunkers in der Überseestadt zusammen. Der Verein will im Bunker an der Hans-Böckler-Straße einen Klub mit Kulturzentrale eröffnen. Im Dezember fehlten noch 100 000 Euro des veranschlagten Gesamtbetrags von 700 000 Euro. Die Hälfte des fehlenden Geldes wollte der Verein über Crowdfunding sammeln, also über viele kleine und große Privatspenden.

Seit Anfang Dezember haben mehr als 1000 Bremerinnen und Bremer für den Klub gespendet, die anvisierte Summe von 50 000 Euro wurde übertroffen: Vier Tage vor Schluss sind insgesamt mehr als 53 000 Euro gesammelt. „Das übertrifft alle Erwartungen“, sagt Akifa Taxim vom Zuckerwerk. „Wir wollen einfach den besten Klub von allen für alle einrichten.“ Die restlichen 47 000 Euro hofft der Verein vor allem mit der Hilfe von Stiftungen zu finanzieren. Taxim zufolge hat das Zuckerwerk bereits eine positive Rückmeldung für Fördermittel von einer Bremer Privatstiftung, Förderanträge bei weiteren Stiftungen seien gestellt.

Den Großteil des Geldes hat der Verein bereits sicher: 100 000 Euro hat das Zucker-



In diesem Hochbunker an der Hans-Böckler-Straße möchte der Verein Zuckerwerk auf 1000 Quadratmetern einen Klub mit Kulturzentrale einrichten. Seit 2012 sucht der Verein in der Stadt nach einem geeigneten Gebäude.

FOTO: KUHAUPT

werk bei einem Kreativwettbewerb der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) gewonnen, darüber hinaus hat der Verein eine Zusage über einen Bankkredit in Höhe von einer halben Million Euro.

Unterstützt wird das Zuckerwerk zudem von Bremer Bands, Kulturzentren, Büchereien und Theatergruppen. Auch Berliner Clubs, Leipziger DJ-Kollektive, Schweizer Frauenbands und die Schriftstellerin Sybille Berg unterstützen die Pläne des Zuckerwerks. Auf fünf Etagen will der Verein im

Bunker einen Ort für Kultur, Konzerte und elektronische Musik einrichten.

Doch noch ist nicht sicher, dass das Zuckerwerk den Bunker tatsächlich kaufen kann. Der Bunker gehört der Stadt und wird von der WFB verwaltet. Doch auch die benachbarte Straßenverkehrsgenossenschaft (SVG), die Dienstleistungen für Speditionen anbietet, hat Interesse angemeldet. „Die SVG hat seit über fünf Jahren immer wieder gegenüber der WFB Interesse bekundet, den Bunker zu kaufen“, sagt Olaf Mit-

telmann von der SVG. „Es ist verwunderlich, wenn der Bunker jetzt unter der Hand verkauft werden sollte.“

Die Frage, was die SVG mit dem Bunker machen würde, lässt Mittelmann offen. „Wir würden den Bunker gerne kaufen, weil er direkt an unser Grundstück angrenzt, es würde das Betriebsgrundstück erweitern.“ Er befürchtet auch Belastungen für die SVG, wenn der Bunker zum Klub wird – zum Beispiel durch parkende Fahrzeuge von Klub-Besuchern.

Bei der WFB hält man sich bei dem Thema zurück: „Die Wirtschaftsförderung Bremen ist aufgefordert, für das Zuckerwerk eine Lösung zu finden“, sagt Sprecherin Juliane Scholz. „Dazu muss es gelingen, mögliche Konflikte mit der Nachbarschaft aufzulösen.“ Dies solle in direkten Gesprächen mit allen Beteiligten geschehen, deshalb wolle die WFB sich nicht weiter öffentlich dazu äußern. SPD und Grüne hatten im Koalitionsvertrag verankert, dass WFB und Immobilien Bremen eigentümlich bereits bis Ende 2015 abschließend über einen Standort für das Zuckerwerk entscheiden sollten.

Unsere Multimedia-Reportage zeigt das Geschehen in den Bremer Bunkern. Anleitung zur Live-App auf Seite 2.